

# Dresdener Nachrichten

41. Jahrgang.

Reste zu Anzügen und Winterüberziehern 30-50% unter Preis.

J. Unbescheid & Söhne Dresden 2 Schmalberggasse 2.

Dresden, 1896.

Hugo Borack

Altmarkt, Seestraße 1. Wieder am Lager sind bekannte gute Sorten schwarzer Damenstrümpfe zu 50, 70, 80 Pfg., Herren-Strümpfe v. 45 Pf., Kinder-Strümpfe v. 30 Pf. an. Alle Unterzeuge.

C. Heinrich Barthel

Futz- und Modewarenhaus. Fernsprecher 1, 2090 Waisenhausstr. 30 Fernsprecher 1, 2090 Eigene Filzhutfabrik - Neueste Modelle.



Carl Tiedemann, Hoflieferant, Gogr. 2733. Krystall-Schutzlack „Zapon“, lachbeständig, durchsichtig. Zum Schutze polirter Metallgegenstände, von Umkleiden, Karten, Etiketten u. s. w. Alstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 18. Zwilckauerstr. 40, Neust.: Mehlstr. (Stadt-Görlich).

Porter und Pale Ale von Barclay Perkins & Co., Sam. Allsopp & Sons und Bass & Co., gut entwickeltes Mälzbräu, empfiehlt in Originalfässern. W. F. Seeger, Kasernenstrasse 31. Bestellungen werden auch bei Herrn M. C. Philipp, a. d. Kreuzkirche, angenommen.

## Winterloden-Joppen und Mäntel für Herren und Knaben in neuassortirter reichhaltigster Auswahl empfiehlt Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 275. Spiegel: Carenbesuch in Frankreich. Hofnachrichten, Bezirksauskunft, Luftballonfahrt, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte, „Rübungen“, Chorgründung. Wuthmaßliche Witterung: Niedererschläge in Aussicht. Sonntag, 4. Oktbr.

### Politisches.

Morgen betritt Kaiser Nikolaus II. das französische Gebiet und „Marianne“, wie der Volkswitz die Republik nennt, harrt seiner wie ein liebetrunkenes Weib, um sich voll bräutlichen Verlangens in die Arme des kaiserlichen Gastes zu werfen. Schon Wochen vorher hat Frankreich in Erwartung der jetzt beginnenden Tage voll rauschenden Festgedränges und himmelhoher Begeisterung das Unterste zu oberst gefeiert, das republikanische Staatsideal zum alten Eisen geworfen und aus der monarchischen Kumpfkammer verstaubte Fesseln ehemaligen königlichen Glanzes hervorgeholt, um sich, behängt mit dem Filz der verflochtenen Zeiten, den kritischen Augen des Czaren und seiner Umgebung eindruckvoller als es der bürgerliche Grad, die nivellirte Ertragskraft der Sansculottenperiode vermag, zu präsentieren. Ueber die kleinlichsten und peiniglichsten Fragen der bürgerlichen Etiquette haben diese eigenartigen Republikaner, die sonst bei jeder Gelegenheit mit ihrer „Lebensschafflichen Liebe zu den Prinzipien der großen Revolution“ zu paradieschen Pflegen, langathmige Erörterungen in der Presse sowohl wie bei den offiziellen Zusammenkünften der leitenden Staatsmänner gepflogen, die zum Zwecke der Vorbereitung des Carenbesuchs abgehalten wurden. Dabei ist eine so hochgradige Entzweiung von jedem, auch dem monarchischen republikanischen Selbstgefühl hervorgetreten, daß selbst eingeseifte „Hofstranzen“ und „Byzantinern in monarchischen Staaten mit einem Gefühl des Neides auf solche unerreichbare Leistungen blickten. Am stärksten haben die französischen Republikaner gegen ihr eigenes Gleich geirrt, indem sie eine Diskussion der Frage zuließen, ob die Gemahlin des Präsidenten einer Kaiserin „ebenbürtig“ sei. Von der Beantwortung dieser Vorfrage hing nämlich die Entscheidung darüber ab, in welcher Weise das Oberhaupt der Republik sich bei dem öffentlichen Auftreten in Gesellschaft des Czarenpaars zu verhalten hätte. Wäre die Gemahlin des Präsidenten „ebenbürtig“, so würden beispielsweise bei einer Ausfahrt der Präsident und der Kaiser den ersten, die Präsidentin und die Kaiserin den zweiten Wagen einnehmen. Die republikanischen Staatsgelehrten sind aber der Ansicht, daß die Verfassung eine Gemahlin des Staatsoberhauptes als solche überhaupt nicht kenne. Darum folgert man, daß die Präsidentin sich an der Seite der Czarin nicht öffentlich zeigen dürfe, und um aus den Schwierigkeiten der so geschaffenen Situation einen Ausweg zu finden, hat man alles Einfließen des Vorhanges gemacht, der Czar mit seiner Gemahlin solle in dem ersten Wagen die Plätze einnehmen, während der Präsident der Republik sich piquetlos und demüthig-befcheiden dem Kaiserpaar gegenüber zu placieren hätte! Es verlaute noch nichts Bestimmtes, in welcher Richtung die Entscheidung in dieser Angelegenheit gefallen ist, auf deren praktische Lösung man wirklich gespannt sein darf. Angewiesen ist mit Bezug auf die Rolle der Präsidentin bei den sonstigen offiziellen Gelegenheiten der Pariser Kaiseritage das Gerücht verbreitet worden, der Czar werde die Gnade haben, den Wunsch zu äußern, daß die Präsidentin doch auch einmal aus ihrer verfassungsmäßigen verächtlichen Verborgenheit heraustreten möchte. Ein solches Uebermaß von Duld muß natürlich selbst die abgeklärtesten Republikaner bis zu Thränen rühren. Den Spöbel der Popularität aber läßt man den Czaren erklimmen durch die weitere Meldung, daß er, der autokratische Herr des Hundertmillionenreiches, die zuerst von den Franzosen selbst nicht in Aussicht genommene Beteiligung der beiden Kammerpräsidenten an dem Empfang in Oberbourg aus eigenem Antriebe gefordert habe, „um nicht die Souveränität des französischen Volkes durch Mißachtung eines Theiles seiner verfassungsmäßigen Vertreter zu verletzen“. Auch dieser blühende Unsinn wird in der Öffentlichkeit gläubig hingenommen und erregt unbeschreibliches Entsetzen. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so, daß die Kammer über ihre anfängliche Vernachlässigung in dem offiziellen Festprogramm in „republikanischer Form“ gerathen sind, und daß der Präsident aus Angst vor der nach der Abreise des Kaisers zu geräuschvollen Abrechnung wegen dieses Punktes nachträglich das Versäumte gut gemacht hat. Trotzdem thaten die Herren Douhet (Senatspräsident) und Brisson (Kammerpräsident) im Anfang noch so, als ob sie schamlos und einen Beweis edlen republikanischen Männerstolzes geben wollten, indem sie sich weigerten, dem Czaren bis Oberbourg mit entgegenzufahren, und ihn erst bei der Ankunft in Paris begrüßen wollten. Diese Umwandlung von Steifheit des Rückgrats währte aber nur einen kurzen schönen Augenblick. Im nächsten Moment schon gab es einen Krach und die republikanischen Wirtheilanden der beiden Herren nickten elendiglich zusammen. Was die unter solchen Vorzeichen begonnenen Carentage in ihrem Verlaufe selbst bringen werden, kann man sich im Voraus ungefähr ausmalen. Nur muß man immer gewarnt bleiben, daß selbst die schönste Phantasie von der Wirklichkeit der Bauchschneiderei noch übertroffen werden dürfte.

regenten Philipp von Orleans demachen en canaille, als ob dieser ein Kammerlind des zarischen Hofes und nicht der stellvertretende Inhaber der französischen Königsgewalt gewesen wäre. Trotzdem soll Peter der Große damals, wenn auch vergeblich, versucht haben, Frankreich für ein Bündniß gegen England zu gewinnen. Der zweite bedeutende Besuch war derjenige, den 1782 der damalige Großfürst spätere Kaiser Paul I. dem König Ludwig XVI. in Paris abstatte. Paul I. trug sich bereits mit ausgeprägten Allianzgedanken, wie aus den Worten hervorgeht, die er in Versailles an der Wiege des Dauphins an die Erzherzogin richtete: „Erinnern Sie den Dauphin oft an den Besuch, den er heute empfangen hat. Erinnern Sie ihn an die Liebe, die ich ihm in keiner Wiege zeigte und die eine Bürgschaft ist für die Allianz und die ewige Einigkeit zwischen unsrer Staaten.“ Diese Versicherung Pauls I. steigt jetzt plötzlich in Frankreich an die Oberfläche des geschichtlichen Bewusstseins empor und nährt Hoffnungen, die sturmeschwül und verberbernd in die politische Atmosphäre des neuen Jahrhunderts hinüberwehen. Eine richtige Würdigung der geschichtlichen Ereignisse sollte aber auf französischer Seite gerade solche ausschweifende Illusionen zerstören und die Nation zur Ruhe und Mäßigung mahnen. Nach Paul I. kam Alexander I. nach Paris, aber als siegreicher Feind des zum Friedensstörer der Welt gewordenen Frankreich. Seitdem verlaute lange nichts wieder von einer russisch-französischen Freundschaft, auch nicht gelegentlich des Besuchs Alexanders II. in Paris im Jahre 1867, der nur ein ganz formeller Akt der Etiquette war. Selbst Alexander III, der den französisch-russischen Verbindungsaktionen seinen Lauf ließ, brachte es doch nicht über sich, seiner Abneigung gegen den in Frankreich herrschenden Geist so weit Herr zu werden, um jemals die Gostfreundschaft der Republik in Anspruch zu nehmen. Wenn sich jetzt Nikolaus II. von der Abneigung seines Vaters emanzipirt und nach Paris kommt, so mag das immerhin von den republikanischen Wächtern als ein Erfolg ihrer Politik in allen Tonarten geweiht werden. In Deutschland wird man nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Franzosen sich russischer als die Russen selbst gebeden, so lange nur die damit verbundenen offenen oder versteckten Ausfälle gegen Deutschland nicht dasjenige Maß überschreiten, dessen Innehaltung von der Fortdauer normaler Beziehungen zwischen den beiden Staaten unbedingt geboten wird. Um Uebigen kommt für das deutsche Urtheil über die politische Tragweite des russischen Kollierbesuchs in Frankreich in Betracht, daß ihm die Besuche in Wien und Breslau vorhergegangen sind, daß die dort erzielten politischen Resultate zweifellos feststehen und daß der Czar, aller von französischer Seite gemachten Anstrengungen ungeachtet, nicht hat bewegen werden können, in einem republikanischen Staatsgebäude zu wohnen, sondern daß er in der russischen Volkshaus in Paris absteigen wird. Außerdem ist es eine feststehende Thatsache, daß von Petersburg aus bereits vor Wochen, als die chauvinistische französische Presse anfing, gegen Deutschland ungenossen zu werden, sehr energisch und mit Erfolg abgewinkt worden ist. Auch hat der Czar sich während seines Aufenthaltes in Frankreich jegliche Art von chauvinistischen Kundgebungen rundweg verboten. Nichts deutet also darauf hin, daß die bevorstehenden Oetoberstage in Frankreich eine Wendung in der internationalen Politik Russlands herbeiführen würden, die an Stelle der realen Interessen die Wandelbarkeit leicht entflammter, aber auch ebenso leicht verwauchter Gefühle zu setzen geneigt sein könnte. Fürst Bismarck hat noch in diesen Tagen der russischen Politik in den „Domb. Nachr.“ das Kompliment gemacht, daß sie die augenblicklich „bestinstabilste“ auf dem ganzen Kontinent sei. Daß eine solche Politik Frankreich nicht vor den Kopf stoßen, daß sie das ihr freigelegte aufgedrängte französische Entgegenkommen sich dankend gefallen lassen wird, ist selbstverständlich. Daß sie aber auch ihre ganzen sorgfältig vorbereiteten Zukunftspläne, bei denen die natürliche Entwidlung der Dinge eine leitende Voraussetzung bildet, nicht um französischer Nebandereisheiten willen mit einem Schlag auf das Spiel legen wird, ist nicht minder einleuchtend. Warten wir also ruhig ab, was die nächsten Tage bringen werden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürften diejenigen Recht behalten, die der Meinung sind, daß der Sturm sich, ohne Schaden anzurichten, ausleben und auch den von den Franzosen so heißerwarteten schriftlichen Allianzvertrag nicht auf den republikanischen Ministertisch wehen werde.

entgegenwirken, 3. die Einfuhr edler Hausthier-Rassen aus Deutschland nach Afrika und Ausfuhr geeigneter Thierarten nach Europa zu betreiben und 4. den Betrieb der Landwirtschaft zu heben und die deutsch-afrikanischen Kolonien den weiteren bürgerlichen Kreisen zu erschließen. Um diese Pläne zur Ausführung zu bringen, wird die „Deutsch-Afrikanische Landwirtschaftsgesellschaft“ in Südwest-Afrika und Ost-Afrika Farmen anlegen, damit die Kolonien ihren Bedarf an Schlacht- und Zugvieh von diesen beziehen können. Gleichgültig wird die Gesellschaft ihr Augenmerk auf alle irgendwo verwendbaren Thiere richten, die im Bereich der Kolonien vorkommen. Auf ihren Farmen wird sie durch landwirtschaftliche Versuche feststellen, ob ein Theil der deutschen Auswanderer nach unseren Kolonien abgeleitet werden kann. Sie beabsichtigt schließlich einen regelmäßigen Verkehr der Ozeanwagen von der Endstation der Nambara-Eisenbahn nach dem Kilmantshoro. Berlin. Französische Blätter lassen sich aus Berlin melden, daß ein großer allgemeiner Ausstand der deutschen Volkswirtschaften unmittelbar bevorstehe. Diese Nachricht ist erfunden. Es liegt weder eine Veranlassung zu einem solchen Ausstande vor, noch aber besteht unter den Textilarbeitern irgendwelche Absicht, in einem allgemeinen Ausstand einzutreten. — Der Reichsanwalt führt zu Hohenlohe feierlich morgen hierher zurück. — Die Reichs-Ärzte-Tag. befürwortet die Erweiterung der amtserichterlichen Zuständigkeit im Civilprozeß bis zu einem Object von 500 Mk. Sollte indessen an der Grenze von 300 Mk. für die amtserichterliche Kompetenz festgehalten werden, so würde eine Reformation nach einer anderen Richtung zweckmäßiger sein. Jede Klage sollte zunächst nur vor den Einzelrichter gelangen, ganz gleichgültig, ob dies ein Amtsrichter oder ein Landrichter ist. Der Einzelrichter müßte befugt sein, Vergleiche zu schließen, Verkündungsurtheile oder Urtheile auf Grund eines Anerkenntnisses oder Verzichtes zu erlassen. Wenn sich dagegen herausstellt, daß eine kontraktrechtliche Verhandlung notwendig ist, dann verweist der Einzelrichter bei einem Object über 300 Mk. das Verfahren vor das Kollegium. Das Verfahren vor dem Einzelrichter dürfte dem Anwaltszwange nicht unterliegen, jede Klage also ohne Zahlung eines Anwaltes eingeleitet werden können. Berlin. Die „Post“ schreibt: Aus allerlei Anzeichen ist zu schließen, daß die Befürchtung, man werde auf konservativer Seite den Antrag König in kommenden Winter mit dem gleichen Nachdruck behandeln, wie es namentlich im vergangenen geschieden ist, grundlos ist. Berlin. Der nationalliberale Delegationstag nahm nach fünfständiger Debatte die Resolution über die allgemeine Stellung der Partei im ersten Theile einstimmig an, der zweite Theil fand mit großer Mehrheit Annahme, also unter Verwerfung des mitgetheilten Antrages Bued und Genossen. Berlin. Die Anträge des Centralvorstandes für den nationalliberalen Delegationstag werden veröffentlicht. Es heißt darin u. A. in Bezug auf die wirtschaftliche Politik: Die nationalliberale Partei beharrt auf wirtschaftlichem Gebiete ihren Charakter als Mittelpartei und muß daher Forderungen jurisdiktions, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere für den Staat gleichgewichtige Berufsstände empfindlich zu schädigen oder die Grundlage unserer Volkswirtschaft unzulässig zu zerstören sind. Derartigen Forderungen entgegenzutreten erachtet die nationalliberale Partei für ihre Pflicht, aber ebenso für die Pflicht jeder das Staatswohl allein zur Norm nehmenden Regierung. Die Delegirten Bued und Genossen beantragen die Aufnahme folgenden Satzes: Die nationalliberale Partei verweist den Antrag König und jeden anderen Versuch, die Verlegung der Bevölkerung mit notwendigen Lebensmitteln monopolistisch zu gestalten; sie weist das Bestreben zurück, an die Stelle der Handelsvertragspolitik ein System des Volkswirtschafts zu setzen; sie verlangt die Aufrechterhaltung der gleichbedeutenden deutschen Währungsordnung; sie erklärt sich gegen jede Gesetzgebung, welche bestehende Formen rechtlichen Geschäftsverkehrs ändert oder Verwaltungsformen realen Geschäftsverkehrs ändert; sie fordert die Befreiung der Volkswirtschaft von derartigen Eingriffen; sie fordert die Befreiung des preussischen Antrags auf Handelsorganisation und jedes anderen auf Wiederherstellung des Anwaltszwangs gerichteten Vorschlags. Frankfurt a. M. Der „Zett. Bl.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Stambul war gestern Nacht der Schaulocher blutiger Szenen. Die Festung der Stambuler Festung verabschiedeten, in der Nacht behufs Demonstrationen in den Midy-Kloster zu ziehen. Sie wurden von Truppen umzingelt, die eine große Menge Soldaten führten, die übrigen aber zur Rückkehr zwangen. An den Hauptstraßen wurden, wo das Volk die Wachen vorzömmelt, feigenartige Schandthaten getrieben, an denen mit rother Tinte aufreizende Proklamationen gegen die Christen und europäischen Souveräne geschrieben standen. Kiel. Prinz Heinrich hat heute das Kommando der 2. Division des ersten Reichsregiments angetreten und auf dem Panzer „König Wilhelm“ seine Admiralsflagge hissen lassen. Köln. Der Petersburger Korrespondent der „Allg. Bl.“ erzählt gleichfalls, daß das Czarenpaar auf der Rückreise von Paris Darmstadt und Potsdam besuchen und dort drei Tage zum Besuche der deutschen Majestäten verweilen werde. Derselbe Korrespondent versichert, daß die Verlobung des Großfürsten Sergei Michailowitsch mit der Prinzessin Marie von Griechenland ausgesetzt worden sei. Gießen. Das Schwurgericht verurtheilte den ehemaligen Rechnung der Stadt Wibel, Nand, wegen Unterschlagung von 17,000 Mk. zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Jena. In der heutigen Verhandlung über den Einfluß einer Anlage bei der Germania-Werke in Kiel am 18. August 1896, wobei 13 Personen das Leben einbüßten, gab das Gericht den Spruch ab, daß der Unfall dem zu hauptigen Vordringen der Arbeiter auf die Brücke zuzuschreiben sei. Die Brücke habe den Anforderungen genügt. Memel. Heute, als an dem Tage, an welchem vor 80 Jahren der damalige Prinz Wilhelm in Memel zum ersten Male in die Front der Armee einzog, fand in Gegenwart des Grafen Lehndorff als Vertreter des Kaisers, des Oberpräsidenten Grafen Bismarck und anderer hoher Gäste die feierliche Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal statt. Das Denkmal ist der Stadt von dem Kommerzienrath Bietich zum Geschenk gemacht worden. Tilsit. In dem Prozeß Wittich befandeten heute die örtlichen Sachverständigen, daß der Angeklagte verhandlungsfähig und im Stande sei, seine Verteidigung selbst zu führen. Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfrage im vollen Umfange der Anklage zu beenden. Die Verteidiger beantragten Freisprechung. Die Geschworenen demelten beide Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen und sogleich in Freiheit gesetzt wurde.

### Herrschreib- und Herrschreib-Berichte vom 3. Oktober.

Berlin. Zur gestrigen Mittagsstafel bei dem Kaiser in Rominten war auch Oberpräsident Graf Wilhelm Bismarck befohlen. — Um den Bestrebungen der Engländer und der Kongoregierung, den Handel Centralafrikas aus seinen altgewohnten Bahnen durch Deutsch-Ostafrika abzulenken, die bereits nicht ohne Gefahr geblieben sind, energisch entgegenzutreten, bildet sich augenblicklich unter dem Protektorat des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, dem Protektor der Deutschen Kolonialgesellschaft, ein Komitee aus allen Ständen unserer besten Gesellschaft zu dem Zwecke, eine Tanganika-Expedition in die Wege zu leiten. Die Initiative hierzu ist auf den Gouverneur v. Wislmann zurückzuführen, welcher auch dem Komitee angehört wird. Wislmann bezeichnet einen Dampfer auf dem Tanganika als das dringendste augenblickliche Bedürfnis für unsere Kolonien. Der Dampfer „Hedwig v. Wislmann“ soll in erster Linie dazu berufen sein, die wirtschaftliche Erschließung weiterer fruchtbarer Gebiete zu fördern, sowie handelspolitischen und kulturellen Zwecken zu dienen. Mit der Führung der Expedition wird Lieutenant Schloffer I. beauftragt. — Hier hat sich eine Vereinigung unter dem Namen „Deutsch-Afrikanische Landwirtschaftsgesellschaft“ gebildet, welche beabsichtigt: 1. den Viehbestand in den afrikanischen Kolonien Deutschlands zu vergrößern und zu vermehren, 2. alle Vorregeln zu fördern, welche der Entstehung und Erweiterung von Viehweiden

Triumph-Seife